



Antrag

der Fraktion der CDU

Sicherheit für alle Bürger

Kein Rückzug der Polizei aus der Fläche!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, nachhaltig sicherzustellen, dass eine ortsnahe Präsenz der Polizei auch in der Fläche erhalten bleibt. Schließungen und Zusammenlegungen von Polizeistationen dürfen nicht dazu führen, dass die Polizei vor Ort nicht mehr oder nur erheblich eingeschränkt vertreten ist und erreicht werden kann. Präsenz bedeutet hierbei nicht nur kurzfristige Erreichbarkeit im Einsatzfall, sondern auch die Wahrnehmung der Polizei als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Planungen über Schließungen oder Zusammenlegungen von Polizeistationen einen Dialog mit den betroffenen kommunalen Ebenen zu führen und darauf hinzuwirken, dass dabei verbindliche Absprachen über die Umsetzung solcher Maßnahmen getroffen werden.

Begründung

Die Landesregierung plant nach eigenen Angaben Schließungen und Zusammenlegungen von kleinen und mittleren Polizeistationen. Auch wenn grundsätzlich struktu-

relle Reformen in der Polizeiorganisation erforderlich sind, darf dies nicht dazu führen, dass die Polizei in Teilen des Landes aus der Fläche abgezogen wird.

Strukturelle Reformen bei den vorhandenen Standorten müssen daher mit Augenmaß erfolgen. Die organisatorische Ausgestaltung der Polizei muss den kommunalen Strukturen im Lande Rechnung tragen. Das „Rasenmäherprinzip“ ist hier der falsche Weg.

Die Präsenz von Polizei und ihre Wahrnehmbarkeit durch die Bevölkerung sind der Schlüssel zum Vertrauen, auf das die Polizei bei ihrer Arbeit angewiesen ist. Auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen im Lande ist aus sicherheitspolitischen Gründen von großer Bedeutung. Deshalb ist der Dialog mit dem kommunalen Raum, der die örtlichen Belange vertritt, geboten.

Astrid Damerow
und Fraktion